

EXPORTERHOLUNG UND STEUERREFORM BESCHLEUNIGEN WACHSTUM

PROGNOSE FÜR 1999 UND 2000

Das WIFO hält seine Konjunkturprognose für 1999 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2,2% seit März des Jahres aufrecht. Im kommenden Jahr wird sich das BIP-Wachstum auf 2¾% beschleunigen. Wie erwartet weisen Export- und Industriekonjunktur, nachdem sie zur Jahreswende ihren Tiefpunkt erreichten, nun nach oben. Die anhaltend starke Inlandsnachfrage und zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewirken einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der Preisauftrieb bleibt trotz steigender Erdölpreise verhalten. Steuerreform und Familienpaket stärken im kommenden Jahr zwar die Kaufkraft, erhöhen aber auch die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte auf 2½% des BIP.

Die erste Jahreshälfte 1999 war von einer Schwäche des Exports und der Sachgütererzeugung in Österreich gekennzeichnet. Die Inlandsnachfrage hingegen entwickelte sich günstig. Insgesamt wurde im II. Quartal ein Wirtschaftswachstum von 1,7% verzeichnet (I. Quartal +1,2%). Saisonbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt im II. Quartal gegenüber der Vorperiode um fast 1%.

Der Konjunkturverlauf in Europa und die Unternehmererwartungen in Österreich zeigen für das 2. Halbjahr eine Beschleunigung des Wachstums von Export und Sachgüterproduktion an. In den Krisenregionen der Weltwirtschaft stabilisiert sich die Lage, und in den USA bleibt die Konjunktur kräftig. Die europäische Wirtschaft erholt sich, wozu sowohl die Schwäche des Euro als auch die Stärke der Binnennachfrage in wichtigen EU-Ländern beitragen. Allerdings ist die Dynamik in Frankreich, Spanien und einigen kleineren EU-Ländern deutlicher ausgeprägt als bei den Konjunkturmachzählern Deutschland und Italien.

Die Rahmenbedingungen für den Export verbessern sich in zweifacher Hinsicht: Einerseits erholt sich das Marktwachstum für die österreichischen Exporteure – es beträgt heuer etwa 3½% und im Jahr 2000 5½%, andererseits machen Produktivitätssteigerungen in der Sachgütererzeugung Marktanteilsgewinne möglich. Der Warenexport dürfte im Jahresdurchschnitt 1999 noch verhalten (real

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8
Nominell	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,3	+ 3,1	+ 3,9
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 1,2	+ 5,0	+ 4,4	+ 2,0	+ 4,0
Privater Konsum, real	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,9
Ausrüstungen	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,8	+ 6,5	+ 6,5
Bauten	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,5
Warenexporte ²⁾					
Real	+ 5,4	+15,6	+ 8,4	+ 4,5	+ 7,0
Nominell	+ 5,5	+16,8	+ 8,4	+ 4,8	+ 8,1
Warenimporte ²⁾					
Real	+ 6,1	+ 9,4	+ 8,2	+ 5,2	+ 6,5
Nominell	+ 6,7	+10,9	+ 6,6	+ 5,7	+ 8,1
Handelsbilanzsaldo ²⁾	Mrd. S -100,6	Mrd. Euro -75,2	Mrd. S -67,4	Mrd. Euro -78,3	Mrd. S -84,9
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S - 50,8	Mrd. Euro -64,1	Mrd. S -56,8	Mrd. Euro -60,8	Mrd. S -59,7
In % des BIP	- 2,1	- 2,6	- 2,2	- 2,2	- 2,1
Sekundärmarktrendite ³⁾	in % 6,3	5,7	4,7	4,6	5,1
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,3	4,4	4,7	4,4	4,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	7,0	7,1	7,2	6,8	6,6
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut ÖSTAT. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark). – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

+4½%) und im nächsten Jahr bereits kräftig wachsen (+7%). Parallel dazu beschleunigt sich die Zunahme der Sachgüterproduktion: Der WIFO-Konjunkturtest weist auf ein merklich optimistischeres Geschäftsklima in der Industrie hin, das Wachstum der Wertschöpfung wird heuer mit real 2% noch schwach bleiben, sich im kommenden Jahr aber auf 4% erhöhen.

Die rege Dynamik von Investitionen und privatem Konsum ließ im 1. Halbjahr auch die Einfuhr steigen. Im 2. Halbjahr 1999 und im Jahr 2000 treibt die Erdölvertteuerung die Importe weiter nach oben. Das Defizit in der Handelsbilanz erhöht sich dadurch auf etwa 80 Mrd. S. Dies kann durch steigende Überschüsse aus dem Reiseverkehr und sonstigen Dienstleistungen zum guten Teil kompensiert werden. Dennoch dürfte aufgrund der hohen Passiva in der Faktoreinkommens- und der Transferbilanz das Defizit in der Leistungsbilanz etwa 60 Mrd. S oder 2% des BIP erreichen.

Die Erdölpreise sind seit Jahresbeginn 1999 merklich gestiegen. Für die Industrieländer verschlechtern sich dadurch die Terms of Trade, es entsteht Preisdruck auf Produzenten- und Verbraucherebene, und das Produktionswachstum wird tendenziell gedämpft. Dennoch bleibt in Österreich die Preisstabilität erhalten. Die Inflationsrate beträgt heuer nur 0,6%, der Anstieg der Treibstoffpreise wird durch einen Rückgang der Nahrungsmittelpreise und eine Beruhigung der Wohnkostenentwicklung kompensiert. Für das Jahr 2000 wird aufgrund des Auftriebs der Treibstoff- und Nahrungsmittelpreise ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2% erwartet.

Die Binnennachfrage bildet eine solide Basis für die Konjunktur. Die Nettomasseneinkommen wachsen dank starker Beschäftigungsausweitung, steigender Einkommen, anhaltender Preisstabilität und im kommenden Jahr auch einer expansiven Budgetpolitik merklich. Dies bietet Spielraum für eine Ausweitung des privaten Konsums um 2% 1999 und 2½% im Jahr 2000 sowie für einen leichten Anstieg der Sparquote. Trotz der Flaute der Exportkonjunktur im 1. Halbjahr 1999 sehen die Unternehmen die Notwendigkeit einer Erneuerung und Erweiterung des Kapitalbestands, sie melden umfangreiche Investitionspläne. Nur die Bauwirtschaft wächst infolge des markanten Rückgangs im Wohnungsneubau sehr verhalten.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich noch günstiger als in der Juni-Prognose erwartet. Die Beschäftigung (ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) wird 1999 um 36.000 steigen (+1,2%); allerdings betrifft dies vor allem Teilzeitarbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Die Zahl der Arbeitslosen liegt mit 225.000 im Jahresdurchschnitt um 12.000 unter dem Vorjahresniveau. Dies ist nicht nur auf den kräftigen Beschäftigungszuwachs, sondern auch auf die starke Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Programme im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) geht heuer auf 4,4% und im Jahr 2000 auf 4,2% zurück. Das Ziel, sie bis 2002 auf 3,5% zu reduzieren, erscheint allerdings noch relativ ambitiös.

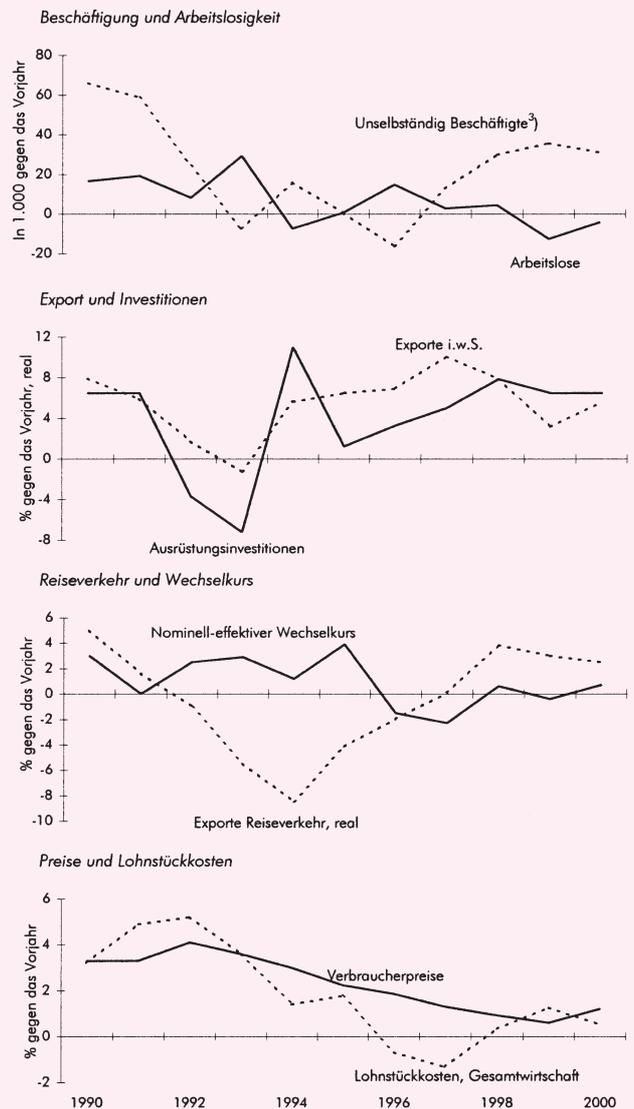
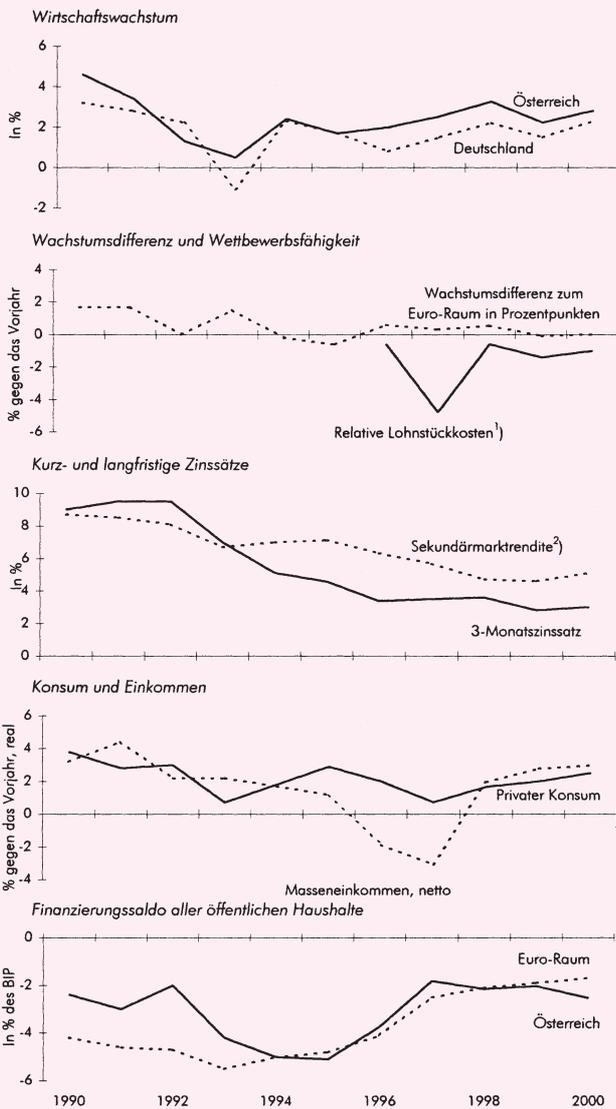
Die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors konnte seit 1995 merklich gesenkt werden, sie wird heuer nur noch 2% des BIP betragen. Im Jahr 2000 belasten Steuerreform und Familienpaket die öffentlichen Haushalte. Beide Maßnahmen erhöhen die Kaufkraft der privaten Haushalte merklich und unterstützen damit Konjunktur und Beschäftigungswachstum, allerdings steigt – selbst unter der Annahme strenger Ausgabendisziplin – die Neuverschuldung auf 2½% des BIP.

Das ÖSTAT wird im Oktober erstmals eine Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die Jahre 1995 bis 1998 nach dem ESVG 1995 vorlegen. Die Umstellung auf die neue Systematik bringt erhebliche konzeptionelle Änderungen mit sich und wird Niveau und Zuwachsraten des BIP und seiner Teilaggregate verändern. Die Neuerungen wird das WIFO anlässlich des nächsten Prognosetermins im Dezember berücksichtigen.

ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT, RISKEN BLEIBEN BESTEHEN

Das rege Wachstum der Binnennachfrage in den USA bewirkte in den letzten Jahren nicht nur einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern bildete auch den wichtigsten Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft. Die

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark). – ³⁾ Ohne Präsenziener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

Konjunktur zeigt weiterhin weder Anzeichen einer Beschleunigung des Preisauftriebs noch einer markanten Wachstumsverlangsamung. Das BIP wird heuer real um etwa 3½% expandieren, für das kommende Jahr wird

ren Konjunkturverlauf – sie würde einen Anstieg der Sparquote und eine Dämpfung des Konsums zur Folge haben.

Die Weltkonjunktur hat sich im 1. Halbjahr 1999 gefestigt. Dazu trug die rege Binnen- nachfrage in den USA entscheidend bei. In Asien zeigt sich eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung. Die Risiken und Unsicherheiten auf den Finanzmärkten, in Rußland und Lateinamerika sind allerdings beträchtlich.

In einigen Ländern Südasiens kommt die Erholung der Produktion rascher voran als von vielen internationalen Beobachtern erwartet, sie ist allerdings vor allem vom Export getragen. In Japan hat sich die Konjunktur im 1. Halbjahr stabilisiert. Dazu trugen primär die umfangreichen öffentlichen Ausgaben bei. Die Verunsicherung der Konsumenten bleibt angesichts steigender Arbeitslosigkeit hoch. Zwar profitiert der japanische Export von der Nachfrageausweitung asiatischer Handelspartner, der Höhenflug des Yen droht aber die Konjunkturerholung merklich zu beeinträchtigen. Auch in Rußland hat sich die Wirtschaftslage nach dem tiefen Einbruch des vergangenen Jahres etwas beruhigt, das BIP wird sich heuer auf dem Vorjahresniveau stabilisieren. Der

eine leichte Abschwächung angenommen. Allerdings bildet eine mögliche Korrektur der überhöhten Kurse auf dem Aktienmarkt ein wesentliches Risiko für den weite-

Entwicklung der Wertschöpfung

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	426,5	435,0	452,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung	58,9	60,1	60,7	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,0
Bauwesen	119,9	121,5	123,3	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,5
Handel ²⁾	269,4	276,2	284,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 3,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	59,1	60,5	62,0	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	132,8	138,1	143,6	+ 5,5	+ 4,0	+ 4,0
Kredit- und Versicherungswesen	136,3	137,6	139,7	+ 3,1	+ 1,0	+ 1,5
Realitätenwesen ³⁾	180,2	185,2	190,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	80,5	82,6	84,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
Öffentliche Dienste	175,3	177,9	180,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	30,0	30,6	31,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,0
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.668,9	1.705,2	1.752,9	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,8
Land- und Forstwirtschaft	46,6	46,6	46,6	+ 4,6	± 0,0	± 0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	1.715,5	1.751,8	1.799,5	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.797,3	1.847,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. – ⁵⁾ Vor Abzug der importierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

merkliche Anstieg der Erdölpreise entlastet Leistungsbilanz und Staatshaushalt, jedoch nehmen die politischen Unsicherheiten im Zuge der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen wieder zu. Lateinamerika befindet sich nach der Finanzkrise in Brasilien und dem Übergang zu restriktiver Geld- und Fiskalpolitik in einer Rezession, die Lage in der Realwirtschaft und auf den Finanzmärkten ist sehr fragil.

WACHSTUMSBELEBUNG IN EUROPA, DEUTSCHLAND BLEIBT WEITERHIN ZURÜCK

In der EU sind Nachfrage und Produktion im 1. Halbjahr 1999 nach vorläufigen Angaben um 1½% gewachsen. Laut Umfragen der EU-Kommission verbesserten sich Vertrauensindikator und Produktionserwartungen in der Industrie im III. Quartal 1999 merklich. Das Verbrauchervertrauen sank – ausgehend von dem zu Jahresbeginn erreichten Rekordniveau – leicht, bleibt aber hoch. Während der Export in der ersten Jahreshälfte in allen EU-Ländern noch sehr schwach war, bot die Inlandsnachfrage unterschiedlich kräftige Wachstumsimpulse. In einigen Mitgliedstaaten, vor allem Frankreich und Spanien, tragen Konsum und Investitionen die Konjunktur, hingegen erweisen sich die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland und Italien nach wie vor als träge.

In Frankreich ist es mit einer bewußten Strategie der Förderung der Binnennachfrage gelungen, die Konjunktur gegenüber den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Turbulenzen abzusichern. Beschäftigung und Einkom-

Entwicklung der Nachfrage

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum ¹⁾	982,9	1.002,6	1.027,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4
Öffentlicher Konsum	273,9	278,0	282,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	459,0	476,1	494,6	+ 4,7	+ 3,8	+ 3,6
Ausrüstungen (netto) ²⁾	203,1	216,2	230,3	+ 7,8	+ 6,5	+ 6,5
Bauten (netto) ²⁾	232,6	235,6	239,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,0
Lagerbewegung und Statistische Differenz	30,4	23,5	22,5			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.746,2	1.780,2	1.827,0	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,4
Plus Exporte i. w. S.	1.023,0	1.055,0	1.114,0	+ 7,9	+ 4,2	+ 6,2
Reiseverkehr	105,1	108,3	111,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,0
Minus Importe i. w. S.	1.010,9	1.038,0	1.093,3	+ 6,6	+ 4,4	+ 5,9
Reiseverkehr	91,2	87,2	87,2	- 4,6	- 1,0	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.797,3	1.847,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,6
Nominell	2.622,6	2.704,9	2.810,8	+ 4,3	+ 3,1	+ 3,6
	Mrd. Euro	196,6	204,3			

¹⁾ Einschließlich Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Ohne Mehrwertsteuer.

men wachsen kräftig, die Arbeitslosigkeit geht seit Mitte 1997 merklich zurück, und dies trägt zu einer optimistischen Konsumentenstimmung entscheidend bei. Die günstigen Absatzerwartungen lassen auch die Investitionen florieren. Die französische Wirtschaft wird heuer um knapp 3% und nächstes Jahr in ähnlicher Größenordnung wachsen – das ist deutlich mehr als im europäischen Durchschnitt.

Die deutsche Wirtschaft expandierte seit der europäischen Rezession 1993 um knapp ¾ Prozentpunkte pro Jahr langsamer als der EU-Durchschnitt. Auch jetzt bleibt die Erholung der Nachfrage verhalten, die Exportschwäche kann bislang nicht durch ein Anziehen der Inlandsnachfrage ausgeglichen werden. Die Auftragseingänge aus dem Ausland erholten sich im Zuge der internationalen Konjunkturbelebung merklich, die Zunahme der Inlandsaufträge beschränkt sich vorerst auf Vorleistungen und Investitionsgüter. In den nächsten Monaten kann mit einer weiteren Verbesserung des Exports gerechnet werden, die auch zusätzliche Impulse für das Investitionswachstum mit sich bringen wird; der Konjunktur fehlt aber noch die entscheidende Stütze einer deutlichen Belebung des privaten Verbrauchs. Angesichts der ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – die Beschäftigung stagniert, der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der im Herbst vergangenen Jahres eingesetzt hatte, kam im Frühjahr zum Stillstand – und des für Jahresbeginn 2000 angekündigten Sparpakets verschlechterte sich die Konsumentenstimmung jüngst merklich. Italien leidet unter der Exportschwäche, und die ausgeprägt restriktive Fiskalpolitik verhindert eine Erholung der Binnennachfrage. Das Wachstum wird heuer nur bei gut 1% liegen und sich auch im kommenden Jahr noch nicht genügend beschleunigen, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt merklich zu verbessern.

In den fünf fortgeschritteneren Transformationsländern hat sich die Konjunktur 1998 erheblich abgeschwächt,

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3
USA	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,5
Japan	+ 5,1	+ 1,4	- 2,8	+ 0,5	+ 0,5
EU	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,5
Euro-Raum	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,8
Deutschland	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,3
Ost-Mitteuropa ¹⁾	+ 4,7	+ 5,1	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,0
Welthandel, real	+ 6,8	+10,0	+ 4,5	+ 4,0	+ 6,0
OECD-Exporte	+ 6,3	+11,3	+ 4,5	+ 3,5	+ 5,8
Intra-OECD-Handel	+ 6,0	+11,3	+ 7,3	+ 4,8	+ 5,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 6,4	+ 8,3	+ 7,8	+ 3,5	+ 5,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	+ 4,0	- 1,0	-23,0	+13,0	+13,0
Ohne Rohöl	- 9,0	± 0,0	-13,0	- 7,0	+ 6,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	20,6	19,1	12,7	17,0	20,0
Wechselkurs \$ je ECU/Euro	1,270	1,134	1,121	1,07	1,12

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

und diese Tendenz setzt sich heuer fort. Die Wirtschaft wird heuer im Durchschnitt erstmals seit 1990 nicht rascher wachsen als in der EU. Der Investitions- und Konsumbedarf der ostmitteleuropäischen Länder bleibt hoch, vielfach bildet aber das hohe Leistungsbilanzdefizit eine Wachstumsbremse. Tschechien befindet sich infolge einer sehr restriktiven Geldpolitik weiterhin in der Rezession. Heuer muß neuerlich mit einem Rückgang des BIP gerechnet werden, allerdings verringerten sich Produktion und Nachfrage im II. Quartal nicht weiter. In der Slowakei hat die neue Regierung ein Restriktionsprogramm zur Stabilisierung der Leistungsbilanz umgesetzt, das für heuer kein BIP-Wachstum erwarten läßt. In Ungarn, Polen und Slowenien zeichnet sich hingegen kein Konjunkturerbruch ab.

GERINGFÜGIGER PREISDRUCK DURCH ANSTIEG DER ERDÖLNOTIERUNGEN

Die Verdoppelung der Erdölpreise seit Jahresbeginn bedeutet aus Sicht der Industrieländer eine Terms-of-Trade-Verschlechterung, einen leichten Inflationsanstieg und eine geringfügige Dämpfung des Wirtschaftswachstums. Die gegenwärtigen Annahmen über die weitere Entwicklung der Erdölnotierungen lassen aber keine Gefährdung der Preisstabilität in Europa erwarten.

Die Erdölpreise schwankten in den letzten Jahren erheblich. Waren sie gegen Jahresende 1998 – im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien – teils unter 10 \$ je Barrel gesunken, so stiegen sie nun wieder auf zuletzt 23 \$. Die Gründe für den Preisanstieg liegen vor allem in den im März von der OPEC vereinbarten Produktions-

beschränkungen, die auch auf andere Förderländer ausgeweitet wurden und bislang eingehalten werden. Nachfrageseitig gehen von der Stabilisierung in Asien und dem starken Wachstum in den USA positive Impulse auf den Erdölpreis aus. Die Förderdisziplin der Erdöl-erzeuger wird allerdings umso schwieriger zu wahren sein, je länger die hohen Notierungen anhalten. Das WIFO nimmt an, daß das Preisniveau in den nächsten Monaten stabil bleibt, im Laufe des nächsten Jahres wird es aber wieder sinken. Ein Anstieg der Erdölpreise impliziert zunächst eine Veränderung der Terms of Trade und eine Einkommensumverteilung von den Industriestaaten zu den erdölproduzierenden Ländern. Für erstere bringt dies primär eine Beschleunigung der Inflation mit sich, das Wirtschaftswachstum könnte etwas gedämpft werden. Beide Effekte sind allerdings deutlich weniger stark ausgeprägt als in den siebziger Jahren, weil der Erdölverbrauch in Relation zum BIP seither merklich zurückgegangen ist.

Die Europäische Zentralbank hat mit ihrer Zinssenkung um ½ Prozentpunkt im April die Konjunkturerholung unterstützt. Das WIFO geht davon aus, daß sie in Reaktion auf den Angebotschock steigender Erdölpreise in den nächsten Quartalen nicht auf einen restriktiven Kurs umschwenken wird. Die Preisstabilität bleibt gewahrt. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg zuletzt in der Euro-Zone um nur knapp über 1%, die Kerninflation (ohne Energie) beschleunigt sich weiterhin nicht. Die langfristigen Zinsen sind in den USA seit Jahresbeginn um ¾ Prozentpunkte, in Europa um 1¼ Prozentpunkte gestiegen. Darin spiegeln sich Erwartungen von Inflationsbeschleunigung und Zinserhöhungen in den USA und ein Abstrom von Kapital aus den „sicheren Häfen“ im Zuge der Stabilisierung in Asien. Der Euro-Wechselkurs hat sich bei 1,05 \$ gefestigt. Wachstumsdifferenz und Zinsunterschiede zwischen den USA und Europa bilden die wichtigsten Determinanten der Abwertung des Euro seit Jahresbeginn. Diese unterstützt die Erholung des Exports der Euro-Zone entscheidend und liefert wichtige Impulse für eine Beschleunigung des Wachstums in Europa im 2. Halbjahr. Bei gleichzeitiger Konjunkturabschwächung in den USA könnte der Euro gegenüber dem Dollar leicht an Wert gewinnen.

ERHOLUNG DER EXPORT- UND INDUSTRIEKONJUNKTUR

Der österreichische Warenexport war im 2. Halbjahr 1998 und zu Beginn des Jahres 1999 von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrisen in mehreren Regionen der Welt und der Nachfrageschwäche wichtiger europäischer Handelspartner (Deutschland, Italien, Tschechien, Slowakei) geprägt. Dieser Nachfrageeinbruch wird nun überwunden. Während die Ausfuhr saisonbereinigt zur Jahreswende noch deutlich zurückging,

Produktivität

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8
Erwerbstätige ¹⁾	- 0,6	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,8
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+ 1,3	+ 5,3	+ 4,4	+ 2,0	+ 4,0
Beschäftigte	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,6	- 0,1
Stundenproduktivität ²⁾	+ 3,6	+ 6,9	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Netto-produktionswert. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

war im II. Quartal bereits ein merkliches Wachstum zu verzeichnen. Die kräftige Ausfuhrsteigerung im Maschinen- und Fahrzeugbau deutet nicht nur auf die gute qualitäts- und preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der Branche hin, sondern auch auf das Anziehen der Investitionsnachfrage in Europa. Andere Faktoren belegen ebenfalls die Verbesserung der österreichischen Exportchancen: Konjunkturumfragen unter Unternehmen und Verbrauchern sowie Auftragsstatistiken deuten auf eine Belebung der Nachfrage wichtiger Handelspartner

Export und Sachgüterproduktion lagen zu Jahresbeginn 1999 noch leicht unter dem Vorjahreswert. Seither zeigt sich eine Erholung, die durch positive Umfrageergebnisse bestätigt wird. Im kommenden Jahr wird die Dynamik des Warenexports (real +7%) und der Sachgütererzeugung (+4%) wieder zu alter Stärke zurückfinden.

hin, selbst in Deutschland. Das Marktwachstum für österreichische Exporte liegt heuer bei 3½% und im kommenden Jahr bei 5½%. Darüber hinaus sollten die Exporteure angesichts von Produktivitätssteigerungen und unter der Annahme mäßiger Lohnpolitik in der Lage sein, Marktanteile zu gewinnen. Die relativen Lohnstückkosten sind in der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern seit 1995 um 6% gesunken. Sie werden auch heuer und nächstes Jahr zurückgehen. Das Exportwachstum wird deshalb 1999 im Jahresdurchschnitt real noch bei nur 4½% liegen und könnte sich im kommenden Jahr auf 7% beschleunigen.

Die Erholung im Export entfaltet bedeutende Zugkräfte in der Industrie. Die Wertschöpfung lag in der Sachgütererzeugung im 1. Halbjahr etwa auf dem Niveau des Vorjahres – Datenunsicherheiten erschweren allerdings die Analyse. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt seit Jahresbeginn eine beträchtliche Verbesserung des Geschäftsklimas in der Industrie: Künftige Produktion, Auftragseingänge und Verkaufspreise werden günstiger beurteilt. Ausgehend von der merklichen Stimmungsverbesserung und der Erholung im Export kann für das 2. Halbjahr ein

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	- 1,0	- 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,1
Netto	- 2,3	- 3,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,0
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 0,9	- 1,1	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,2
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	- 0,7	- 1,3	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,5
Sachgütererzeugung	- 0,1	- 5,3	- 1,7	+ 0,1	- 1,0
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 0,6	- 4,8	- 0,6	- 1,4	- 1,0
Gegenüber Deutschland	+ 1,9	- 0,2	+ 0,4	- 1,1	- 1,6
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	- 1,2	- 1,8	+ 0,6	- 0,5	+ 0,5
Real	- 1,5	- 2,5	± 0,0	- 1,2	± 0,0

¹⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Wachstum der Sachgütererzeugung von real gut 4% gegenüber dem Vorjahr erwartet werden. Im Jahr 2000 dürfte die Produktion ähnlich rasch zunehmen.

ANHALTEND HOHES LEISTUNGSBILANZ-DEFIZIT

Das Defizit in der Leistungsbilanz wird 1999 etwa 60 Mrd. S betragen. Der Importsog aufgrund der starken Inlandsnachfrage hat eine merkliche Verschlechterung des Handelsbilanzsaldos zur Folge. Dieser Trend wird durch den Anstieg der Rohölimportpreise verschärft – er dürfte die Handelsbilanz heuer mit etwa 10 Mrd. S, im Jahr 2000 mit 4 Mrd. S belasten. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz nimmt aufgrund weiter wachsender Tourismusumsätze und sinkender Ausgaben der Österreicher im Ausland merklich zu und beträgt 1999 fast 40 Mrd. S. Auch die Bilanz sonstiger Dienstleistungen zeigt ein Aktivum, der gesamte Dienstleistungsbe- reich kompensiert annähernd das Defizit in der Handelsbilanz. Allerdings hat sich in den letzten Jahren der Saldo der Faktoreinkommen besonders stark verschlechtert, und das Defizit in der Transferbilanz ist seit dem EU-Beitritt markant gestiegen.

Ein anhaltend hohes Leistungsbilanzdefizit – es liegt seit 1995 bei mehr als 2% des BIP – kann in mehrfacher Hinsicht Probleme zum Ausdruck bringen. Da sich vor allem die Faktoreinkommens- und die Transferbilanz verschlechtert haben, signalisiert das Leistungsbilanzpassivum nicht unmittelbar fehlende strukturelle Wettbewerbsfähigkeit. Das Defizit in der Leistungs- und in der Handelsbilanz besteht ausschließlich gegenüber den EU-Ländern (vor allem Deutschland), außerhalb des Binnenmarktes erzielt Österreich Überschüsse. Anhaltende Leistungsbilanzdefizite bedeuten aber eine laufende Veränderung der Vermögensposition: Ausländische Investoren haben in den letzten Jahren in steigendem Ausmaß österreichische Wertpapiere, aber auch Unternehmensanteile erworben – Österreich ist ein at-

traktiver Investitionsstandort. Dies spiegelt sich nun in erheblichen Abflüssen an Zins- und Dividendeneinkommen oder Gewinnen aus Direktinvestitionen – diese Positionen prägen die Faktoreinkommensbilanz.

KRÄFTIGE INLANDSNACHFRAGE STÜTZT DIE KONJUNKTUR

Die Expansion des privaten Konsums bildet eine verlässliche Stütze für die Konjunktur. Getragen von gutem Beschäftigungs- und Lohnwachstum und stabilen Preisen nimmt der private Konsum heuer real um 2% zu. Im Jahr 2000 wird er zusätzlich von Steuerreform und Familienpaket unterstützt. Die Sparquote steigt gleichzeitig leicht.

Die Binnennachfrage trug im 1. Halbjahr 1999 die Konjunktur. Die Kaufkraft der privaten Haushalte nimmt heuer infolge des starken Beschäftigungsanstiegs, steigender Einkommen und anhaltender Preisstabilität merklich zu. Die Nettomasseneinkommen wachsen außerordentlich stark – in beiden Prognosejahren real um etwa 3%. Gleichzeitig bleibt die Konsumentenstimmung – die eng mit der Arbeitsmarktentwicklung korreliert – sehr zuversichtlich. Die Konsumausgaben der Inländer werden kräftig gesteigert (1999 +2%). Im nächsten Jahr bieten die neuerliche Ausweitung der Familientransfers und die Entlastung durch die Steuerreform zusätzliche Impulse für verfügbare Einkommen und privaten Verbrauch. Der Konsum wird dann real um 2½% wachsen. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter erhöhen sich besonders stark (+4½% bis +5% pro Jahr). Die Sparquote der privaten Haushalte ist in den Jahren der Budgetkonsolidierung 1996/97 um 2½ Prozentpunkte zurückgegangen. Im Zuge der Erholung der Einkommen nähert sich der Sparanteil am verfügbaren Einkommen nun wieder langsam dem langjährigen Durchschnitt. Die Analyse der Einzelhandelsentwicklung leidet derzeit unter großen Unschärfen der zugrundeliegenden Statistiken. Gutes Konsumwachstum und eine günstige Entwicklung im Tourismus lassen jedoch auf kräftiges Umsatzwachstum im Einzelhandel schließen. Der Großhandel sollte sich mit dem Anziehen der Exporte weiter erholen.

Auch die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich erfreulich. Der WIFO-Investitionstest bestätigt das anhaltend günstige Klima. In der Industrie verlangen die scharfe Importkonkurrenz, aber auch die Wahrung neuer Chancen auf dem Binnenmarkt eine rasche Erneuerung des Kapitalbestands. Die Exportdämpfung berührte deshalb die Investitionstätigkeit überraschend wenig. Gewerbe und Dienstleistungsbereich nutzen die günstige Absatzentwicklung zu Umstrukturierungen. Die

Privater Konsum

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Privater Konsum	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 8,1	- 3,5	+ 0,9	+ 4,8	+ 4,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,2
Nettomasseneinkommen	- 1,9	- 3,1	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,0
Verfügbares persönliches Einkommen	- 0,2	+ 0,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,1
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	7,8	7,4	8,3	8,5	9,0

Modernisierung des EDV-Bestands hat dabei Vorrang. Auch im Tourismus wird die Strukturverbesserung seit einigen Jahren vorangetrieben. Für beide Prognosejahre kann ein Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von real 6½% erwartet werden.

Verhalten entwickeln sich hingegen Bauproduktion und -investitionen. Vor allem im Wohnungsneubau ist ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, der sich im Jahr 2000 fortsetzen wird. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sinkt auf etwa 50.000 pro Jahr. Der Sanierungsbau kann heuer sein hohes Niveau halten, das Auslaufen der Steueranreize könnte im kommenden Jahr durch eine Reorientierung der Wohnbauförderung auf den Sanierungsbereich kompensiert werden. Der Tiefbau entwickelt sich dank reger öffentlicher Investitionen in die Schienen- und Straßenverkehrsinfrastruktur sehr gut. Auch der Büro- und Wirtschaftsbaue wächst, in Wien sind zahlreiche Großprojekte in Arbeit. Die Bauproduktion wird heuer und im nächsten Jahr real um jeweils etwa 1½% ausgeweitet.

PREISAUFTRIEB ERHÖHT SICH NUR LEICHT

Das Preisniveau ist seit Anfang 1998 weitgehend stabil. Von Jänner bis August 1999 betrug die Inflationsrate durchschnittlich 0,4%. Das ruhige Preisklima geht vor allem auf mäßige Lohnstückkostensteigerungen und einen Rückgang der Importpreise zurück. Die internationale Preisentwicklung spiegelt sich stärker im Großhandelspreisindex – er lag im I. Quartal um 2¼% unter dem Vorjahresniveau. Darin kam der Preisverfall in jenen Bereichen zum Ausdruck, die direkt oder indirekt von der Asienkrise beeinflusst sind (Stahl, Metalle, Elektronik, Erdöl).

Erst der merkliche Anstieg der Erdölpreise läßt nun Tendenzen zu leichtem Preisauftrieb entstehen. Das Gewicht der Treibstoffpreise ist auf Konsumentenebene allerdings heute mit etwa 3% deutlich geringer als in der Vergangenheit. Zudem stehen die Preise anderer Energieträger – vor allem Strom – unter Druck. Für 1999 kann die Inflationsprognose von 0,6% beibehalten werden.

Im kommenden Jahr kommt der Effekt der Erdölpreiserhöhung deutlicher zum Tragen, er dürfte auf Verbrau-

cherebene etwa ¼ Prozentpunkt betragen. Die Importpreise werden etwas deutlicher anziehen. Von seiten der Lohnstückkosten ist kein Preisaufrtrieb zu erwarten, die Liberalisierung des Strommarktes und verhaltene Mieterhöhungen werden ebenfalls zur Dämpfung beitragen. Der Auftrieb der Preise von Nahrungsmitteln und industriell-gewerblichen Waren dürfte sich wieder etwas beschleunigen. Die Inflationsrate wird deshalb im Jahr 2000 leicht auf 1,2% steigen.

ARBEITSMARKTINDIKATOREN WEISEN WEITER DEUTLICH AUFWÄRTS

Außerordentlich kräftiges Beschäftigungswachstum und eine Ausweitung der Schulungsmaßnahmen im Rahmen des NAP tragen zu einer merklichen Reduktion der Arbeitslosigkeit bei. Die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) erreicht heuer 4,4% und geht im Jahr 2000 weiter auf 4,2% zurück.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich in den letzten Monaten merklich. Dank der starken Binnennachfrage wächst die Beschäftigung vor allem im Dienstleistungssektor kräftig, viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze sind allerdings Teilzeitarbeit mit unterdurchschnittlichem Einkommensniveau. Zudem tragen großzügige Lohnsubventionen für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen zur Beschäftigungsausweitung bei. 1999 wird die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) um 36.000 über dem Vorjahreswert liegen. Der Beschäftigungszuwachs beträgt 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Etwa die Hälfte dürfte auf Teilzeitarbeit, ein weiteres Viertel auf die „Besondere Eingliederungsbeihilfe“ zurückgehen. Im Jahr 2000 wird die Beschäftigungszunahme – bei günstiger Konjunktorentwicklung – bei 1% liegen.

Die Arbeitskräftenachfrage ist im Dienstleistungssektor am größten. In den unternehmensnahen Diensten geht dies auf die Auslagerung aus der Industrie und aus anderen Dienstleistungsbereichen sowie die starke Ausweitung von Leiharbeit, aber auch auf die Dynamik im Bereich der EDV-Dienste, Beratungsleistungen sowie Forschung und Entwicklung zurück. Im Handel profitiert die Beschäftigung von der regen Konsumnachfrage und – wie jene im Tourismus – von der günstigen Entwicklung im Reiseverkehr. Der Boom in der Telekommunikation kommt in einem Beschäftigungszuwachs in der Nachrichtenübermittlung und Nachrichtentechnik zum Ausdruck. Auch im Gesundheitsbereich und in der Erwachsenenbildung besteht weiterer Bedarf an Arbeitskräften. Bei insgesamt leicht rückläufiger Beschäftigung in der Sachgütererzeugung stellen einige Bereiche – Fahrzeug-

Arbeitsmarkt

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-23,8	+ 8,8	+22,1	+31,0	+28,4
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	-20,9	+ 8,3	+21,1	+30,0	+26,5
Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	-16,5	+12,8	+29,8	+35,7	+31,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0
Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld ¹⁾	- 4,4	- 4,4	- 8,7	- 5,7	- 4,5
Ausländische Arbeitskräfte Selbständige ²⁾	+ 0,0	- 1,6	- 0,2	+ 6,8	+ 5,5
	- 2,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	- 9,0	+11,7	+26,5	+18,5	+24,2
Ausländer	+ 2,8	- 1,7	+ 0,7	+ 5,6	+ 4,6
Wanderung von Inländern	+ 4,9	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,0
Inländer	-16,7	+ 8,0	+21,9	+ 9,4	+17,6
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+14,8	+ 2,8	+ 4,4	-12,5	- 4,2
Stand in 1.000	230,5	233,3	237,8	225,3	221,1
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,3	4,4	4,7	4,4	4,2
In % der Erwerbspersonen ³⁾	6,3	6,4	6,5	6,1	5,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	7,0	7,1	7,2	6,8	6,6
Erwerbsquote ³⁾	67,2	67,2	67,6	67,7	68,0
Beschäftigungsquote ⁴⁾	62,9	62,9	63,2	63,6	63,9

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige).

bau, Maschinenbau u. a. – zusätzliche Arbeitskräfte ein. In der Bauwirtschaft reicht der Produktionszuwachs nicht für einen Beschäftigungsanstieg aus.

Das günstige Bild des Arbeitsmarktes wird durch die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen bestätigt. Sie lag zuletzt um etwa 8.000 über dem Vorjahreswert. Dennoch bleibt das Ungleichgewicht zwischen der Zahl der offenen Stellen und jener der Arbeitslosen der Hauptgrund der hohen Arbeitslosigkeit.

Im Gegensatz zum Vorjahr geht 1999 der Beschäftigungsanstieg mit einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit einher. Die Stärke der Inlandsnachfrage hat die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums merklich erhöht, die Sonderfaktoren (Verringerung der Bezugsdauer von Karenzurlaubsgeld u. a.) sind ausgelaufen, und die Ausgaben für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden heuer um mehr als ein Drittel (von 8 Mrd. S auf 11 Mrd. S) ausgeweitet. Dadurch konnte die Zahl der in Schulung Stehenden um etwa 8.000 gesteigert werden.

Im Jahresdurchschnitt werden heuer 225.000 Arbeitslose vorgemerkt sein, um 12.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 4,4% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey bzw. 6,8% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 hängt neben den Konjunkteinflüssen von der Entwicklung des Arbeitskräfte-

angebotes, insbesondere der Intensität der Schulungsaktivitäten ab. Unter der Annahme, daß der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiterhin ein hoher Stellenwert zukommt, kann ein Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 221.000 erreicht werden; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,2% bzw. 6,6%.

Die Bundesregierung hat bei Beschlußfassung des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung im Jahr 1997 zwei Arbeitsmarktziele gesetzt: Die Beschäftigtenzahl soll bis 2002 um 100.000 steigen, die Arbeitslosenquote auf 3½% zurückgehen. Das Beschäftigungsziel wird – unter den Annahmen der vorliegenden Prognose über den Konjunkturverlauf – schon im Jahr 2000 fast erreicht sein, freilich bezogen auf die Zahl der Arbeitsverhältnisse (wachsender Teilzeitanteil) und unter Einschluß positiver Konjunkturreffekte. Der Ausgangswert der Arbeitslosenquote wurde von Eurostat um 0,2 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Dies bedeutet zusammen mit der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes, daß das Arbeitslosenziel nicht leicht zu erreichen sein wird.

STEUERREFORM BEWIRKT ANSTIEG DES BUDGETDEFIZITS IM JAHR 2000

Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte ist seit 1995 infolge eines umfangreichen Konsolidierungspakets um 3 Prozentpunkte des BIP zurückgegangen, sie wird heuer – trotz Inkrafttretens des ersten Teils des „Familienpakets“ – nur noch 2% des BIP betragen. Das Lohnsteueraufkommen entwickelt sich aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Einkommenslage gut; die Einnahmen aus der Umsatzsteuer steigen angesichts

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1996	1997	1998	1999	2000
			Mrd. S		
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-89,4	-67,2	-66,0	-70,0	-81,0
			In % des BIP		
Budgetsaldo des Bundes, netto	- 3,7	- 2,7	- 2,5	- 2,6	- 2,9
Finanzierungssaldo laut VGR					
Alle öffentlichen Haushalte	- 3,7	- 1,8	- 2,2	- 2,0	- 2,5
			In %		
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,4	3,5	3,6	2,8	3,0
Sekundärmarktrendite ¹⁾	6,3	5,7	4,7	4,6	5,1
Sekundärmarktrendite, gesamt	5,3	4,8	4,4	4,1	4,7
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	- 1,5	- 2,3	+ 0,6	- 0,4	+ 0,7
Real	- 2,1	- 3,3	- 0,2	- 1,3	± 0,0

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark).

der starken Inlandsnachfrage, sie bleiben aber hinter dem Budgetvoranschlag zurück.

Die großzügige Entlastung im Bereich der Einkommen- und Unternehmenssteuern im Zuge der Steuerreform 2000 bedeutet eine merkliche Anspannung der Budgetsituation. Eine genaue Abschätzung ist erst nach Vorlage eines Bundesvoranschlags für das Jahr 2000 durch die neue Bundesregierung möglich. Bei gegebenen Rahmenbedingungen und unter der Annahme der Einhaltung strenger Ausgabendisziplin dürfte die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors im kommenden Jahr etwa 2½% des BIP betragen. Dies ist deutlich mehr als im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vorgesehen.

Abgeschlossen am 5. Oktober 1999.